



Syrien: Zugeständnisse des Regimes und Verschärfung der Repression gegen die Demonstranten

Mai 2011

Aktuelle Entwicklungen seit dem 14. April

Am 14. April 2011 ernannte Präsident Assad seine neue Regierung. Ihre Zusammensetzung lässt wenig Hoffnung auf Veränderung zu. Mehrere Posten blieben unverändert, andere wurden mit ehemaligen Ministern des alten Kabinetts neu besetzt. Die neuen Namen stehen für alte und bewährte Kader der Ba'th Partei. Die Antwort der Demonstranten war deutlich: Erstmals seit Beginn der Demonstrationen gingen am Freitag den 16. April auch in Damaskus Tausende Menschen auf die Straße, ebenso in Homs, Aleppo, Latakia, Baniyas, Deir al-Zor, Qamishli und Dara'a. In Damaskus wurden Demonstranten aus den Vororten von den Sicherheitskräften daran gehindert, den Abbasiden-Platz im Stadtinneren zu erreichen.

Tags darauf wandte sich Präsident Assad in seiner zweiten im Fernsehen übertragenen Rede an das neue Kabinett. Er erklärte, es sei geplant, die Notstandsgesetze innerhalb einer Woche aufzuheben. Mit Aufhebung der Notstandsgesetze müsse die Polizei für den Umgang mit Demonstranten ausgebildet und ausgestattet sein. Assad versprach einen besseren Schutz von Demonstranten, wies jedoch auch warnend darauf hin, dass nach Aufhebung der Notstandsgesetze keine Demonstrationen mehr notwendig seien. Das Innenministerium werde mit aller Entschlossenheit verhindern, dass es erneut zu Ausschreitungen komme. Sabotage und Zerstörung von öffentlichem Eigentum werde man nicht dulden. Syrien befinde sich in einer kritischen Phase und Reformen seien zur »Stärkung der inneren Front« notwendig, weil Syrien Ziel einer Verschwörung sei. Die Menschen, so betonte Assad, hätten »Anliegen und Forderungen«, die es zu berücksichtigen gelte. So habe er bereits das Gesetz für die Einbürgerung der Kurden verabschiedet. In Arbeit seien auch ein Wahlgesetz wie auch ein Kommunalverwaltungs- und Mediengesetz. Außerdem versprach er gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und

landwirtschaftliche Probleme in Syrien vorzugehen und sagte, es sei geplant, eine Kommission für die Bekämpfung der Korruption zu errichten. Kritiker bezeichneten die angekündigten Reformen als unzureichend. Auch sei die Freilassung politischer Häftlinge ebenso wie die Zulassung unabhängiger Parteien unerwähnt geblieben. Insbesondere die Abschaffung des Paragraphen acht der syrischen Verfassung, welcher den Führungsanspruch der Ba'th Partei festlegt, ist eine zentrale Forderung der Demonstranten.

Am Sonntag, den 17. April, wurden vierzehn Demonstranten, die in Homs für Demokratie und Bürgerrechte auf die Straße gegangen waren, von Sicherheitskräften getötet. Zuvor hatten Tausende an der Trauerfeier von Sheikh Faraj Abu Moussa teilgenommen, der eine Woche im Polizeigewahrsam verbracht hatte und während dessen gestorben war. Am folgenden Montag nahmen Tausende Menschen in Homs an der Beisetzung der Demonstranten teil, was wiederum zum Tod von 30 Personen führte. Am späten Montagabend versammelten sich Zehntausende zu einer Sitzblockade auf einem zentralen Platz in Homs und erklärten, dort zu bleiben, bis den Forderungen der Demonstranten Rechnung getragen würde. Die Stadt wurde abgeriegelt und Sicherheitskräfte schossen auf die Menge. Das gleiche Bild am darauf folgenden Dienstagmorgen. Auch im Damaszener Vorort Douma sowie in vielen anderen Städten des Landes fanden am Feiertag der Unabhängigkeit Syriens große Demonstrationen gegen das Regime statt.

Am 19. April beschloss das neue Kabinett, den seit 48 Jahren geltenden Ausnahmezustand aufzuheben. Außerdem wurde die Abschaffung des Obersten Staatssicherheitsgerichtes beschlossen sowie eine Regelung, die Demonstrationen unter Auflagen zulässt. Zwei Tage später wurde die Aufhebung des

Ausnahmezustandes durch die Unterzeichnung des Präsidenten rechtskräftig.

Die Auseinandersetzungen erreichen eine neue Stufe

Am Karfreitag, den 22. April, erreichten die Proteste mit geschätzten 100.000 Demonstranten in allen wichtigen Städten des Landes ihren bisherigen Höhepunkt. Die Reaktion der Sicherheitskräfte war brutal und forderte innerhalb von wenigen Stunden mehr als hundert Menschenleben. Zentrale Forderung der Demonstranten war die Auflösung des Sicherheitsapparates, dessen Befugnisse durch die Aufhebung der Notstandsgesetze nicht eingeschränkt wurden sowie die Freilassung der politischen Häftlinge. An den Beerdigungszügen am nächsten Tag nahmen Zehntausende teil. Wieder eröffneten Sicherheitskräfte das Feuer und töteten Demonstranten und Trauernde.


Am Montag, den 25. April, nahm die Repression mit dem Einmarsch der Armee in die zentralen Orte der Protestbewegung eine neue und bedrohliche Form an. Dara'a, Duma und Muadamiyeh (beides Vororte von Damaskus), sowie die Küstenstadt Jableh wurden von Sicherheitskräften mit Panzern umstellt und angegriffen. Scharfschützen auf den Dächern schossen auf die Bewohner und töteten zahlreiche von ihnen. Allein in Dara'a wurden mindestens 25 Menschen getötet. Die Stromversorgung und das Telefonnetz sind dort weitgehend zusammengebrochen und der Grenzübergang zu Jordanien wurde vorübergehend gesperrt. Die Belagerung von Dara'a und Duma wurde bis Ende der Woche unverändert fortgesetzt. Insbesondere in Dara'a fehlt es den Menschen an Wasser, Nahrungsmitteln und Strom. Zahlreiche Versuche aus den umliegenden Dörfern, aber auch aus Damaskus, die Bewohner von Dara'a mit dem Nötigsten zu versorgen, scheiterten an der Abriegelung durch das Militär.

Am »Freitag des Zorns«, den 29. April, fanden trotz der strikten Sicherheitsvorkehrungen des Regimes wieder große Demonstrationen in den meisten syrischen Städten statt. In Damaskus gelang es einem Demonstrationzug aus dem südlichen Stadtviertel Midan erstmals, die Innenstadt von Damaskus zu erreichen. Laut Angaben von Menschenrechtsaktivisten starben mindestens 62 Menschen durch Schüsse der Sicherheitskräfte, zahlreiche davon wiederum in Dara'a. Zusätzlich zu den andauernden Verhaftungen im

Umfeld aller Demonstrationen wurden am Sonntag, den 1. Mai, in ganz Syrien Hunderte von Aktivisten festgenommen. Insbesondere aus Dara'a und Duma wird von systematischen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen berichtet.

Seit Beginn der Protestbewegung vor nun mehr als sechs Wochen zeichnen sich einige Trends klar ab: Die Bewegung hat sich sowohl regional als auch von der Zahl der Demonstranten her ausgeweitet. Es gibt kaum noch einen Ort, der nicht in die Bewegung einbezogen ist. Zu den Protesten in den Hochburgen wie Dara'a, Homs, der Küstenebene, Duma und Haraste (ebenfalls ein Vorort von Damaskus) und weiteren Städten im Osten des Landes kamen Demonstrationen in der Hauptstadt selbst dazu. Trotz oder gerade wegen des großen Ausmaßes der Gewalt von Seiten der Sicherheitskräfte hat sich die Basis der Proteste inzwischen auf breitere soziale Schichten ausgeweitet. So kam es an diversen Universitätsfakultäten von Damaskus und Aleppo zu Protesten der Studenten, die von den Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurden. In Damaskus starb dabei ein Student. Zahlreiche Studenten wurden verhaftet und noch mehr vom weiteren Studium ausgeschlossen. Weiter verurteilten mehr als 100 in Syrien lebende Schriftsteller und Journalisten in einer gemeinsamen Erklärung das gewaltsame Vorgehen des syrischen Regimes sowie die einseitige Berichterstattung der staatlichen syrischen Medien. Großen Symbolcharakter hatten auch die Rücktritte zweier Parlamentsabgeordneter und des Muftis aus Dara'a, die damit ihren Protest gegen das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten zum Ausdruck bringen wollten.

Die Fronten haben sich zwischenzeitlich geklärt. War am Anfang der Protestbewegung noch von den Demonstranten der Ruf nach Reformen geäußert worden, so steht jetzt die Forderung nach dem Ende des Regimes auf der Tagesordnung. Zu diesem Wandel hat wesentlich auch die Reaktion bzw. Aktion des Präsidenten beigetragen. Wäre es anfangs, nach »nur« einigen Toten in Dara'a, möglich gewesen, die Situation zu entschärfen, so haben alle Maßnahmen des Regimes zum Gegenteil geführt. Der Präsident hat mehrere Chancen verpasst. Die größte verpasste Chance war seine erste Rede vom 30. März 2011. Nicht nur der Inhalt, der keineswegs den Erwartungen des Volkes entgegenkam, sondern die ganze Form, in der diese Rede inszeniert war und der betont lässige Auftritt des Präsidenten, der in keiner Weise den Geschehnissen



gerecht wurde, haben die Wut der Demonstranten weiter angeheizt. Ähnlich seine zweite Rede. Auch das Eingehen auf die Forderungen der Bewegung nach Aufhebung des Ausnahmezustands und die anderen Maßnahmen des Regimes kamen zu spät. Nach über 500 Toten nimmt niemand dem Regime noch ab, dass es zu Reformen willig oder fähig ist. Der Einsatz der Armee, wie er in geballter Form seit Ostern in drei Orten (darunter Dara'a) stattfindet, ist ein riskantes Spiel des Regimes. Die Armee ist keine Freiwilligen-, sondern eine Volksarmee, in der alle Gruppen des syrischen Volkes vertreten sind. Wie sich diese bei einem größeren Einsatz verhalten wird, ist offen. Erste Gerüchte von Befehlsverweigerungen machen die Runde.

Besorgt zeigen sich zwischenzeitlich auch die Nachbarstaaten Libanon und Türkei. Aus beiden Ländern wird berichtet, dass erste Flüchtlinge aus grenznahen syrischen Orten die Grenzen überschritten hätten und in Notunterkünften in ihren neuen Gastländern untergebracht worden sind.

Disclaimer

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.